

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2019

hauptstadt magazin



Europawahl
Richtungsweisend
auch für den
öffentlichen Dienst



2019



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

wieder beginnt die Besoldungsrunde in Berlin mit zeitlichen Manipulationen. Und wieder wird womöglich, nur um drei Monate den Erhöhungsbetrag einzusparen, Vertrauen verspielt, Frust angehäuft und die Abwanderungslust der verärgerten Betroffenen geschürt – mit finanziellen Folgen, die die beabsichtigten Einsparungen des Finanzsenators sehr deutlich übersteigen dürften. Bei dem am 8. Mai beim Regierenden Bürgermeister anberaumten Besoldungsgespräch wird der dbb berlin deshalb nochmals mit allem Nachdruck den endgültigen Verzicht auf Verzögerung der Besoldungsanpassung fordern.

Die Einsicht bei dieser erstmalig stattfindenden Gesprächsrunde wird hoffentlich sehr viel klarer sein, als die des SPD-Parteitages in Sachen Lehrerverbeamtung. Das knappe „Nein“ der Delegierten dürfte die ohnehin stark gebeutelten Berliner Schulen in eine noch tiefere Krise stürzen und auch der Partei wenige Sympathien bei Eltern und Lehrern einbringen.

Titelthema dieser Ausgabe ist die Europawahl, die angesichts der aktuellen Herausforderungen an die Gemeinschaft von ganz besonderer Bedeutung ist. Auch für den öffentlichen Dienst ist Europa und damit die Wahl richtungsweisend. Im hauptstadt magazin haben die Berliner Kandidatinnen und Kandidaten von SPD, CDU, Grüne und Linke in kurzen Statements umrissen, warum das so ist.

Im Unterhaltungsteil stellen wir ein weiteres griechisches Restaurant vor. Ratefüchse können mit ein bisschen Glück und der richtigen Lösung bei unserem Preisausschreiben das Restaurant direkt als Gäste des Hauses erproben.

Viel Spaß bei der Lektüre und einen sonnigen Mai wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung
Fahrplan einhalten! 4

Lehrerverbeamtung
SPD-Landesparteitag stellt sich quer 5

Europawahlen
Berliner Kandidaten haben das Wort 6

#starkeverwaltung
IHK-Präsidentin fordert bessere Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst 8

Senioren
Aufbruchstimmung in der Seniorenvertretung 10

Aus den Mitgliedsgewerkschaften
BSBD: Schutz intensivieren! 11

Partner
Sicherer fahren und Geld sparen mit Telematic Plus 12

BBBank-Stiftung:
Von Menschen. Für Menschen 15

Unterhaltung
Ein Stück echtes Kreta 13

Preisausschreiben 14

Kurz notiert
CESI-Tagung 16

Aktuelle Urteile zum Erholungsurlaub 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.
Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.
E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.
Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.
Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © fotolia.com.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Besoldungsanpassung

Fahrplan einhalten!

Der dbb berlin hat die politisch Verantwortlichen vor Tricksereien mit der Besoldungsanpassung für die Berliner Beamten gewarnt. „Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin dürfen die Besoldungserhöhungen nicht mit Zahlenmikado kleinrechnen, sondern müssen transparent und verlässlich zum zugesagten Fahrplan stehen“, so der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker.

Mit Recht wollten die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin Klarheit, wie es denn nun mit den Besoldungserhöhungen weitergeht.

Irritationen hatte vorübergehend ausgelöst, dass auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 30. März 2019 ein Flugblatt des „Abgeordneten“ Matthias Kollatz verteilt wurde, in dem zwischen dem Gesamtvolumen des Tarifiergebnisses von 3,2 Prozent für 2019 und der darin enthaltenen linearen Erhöhung von 3,01 Prozent für 2019 unterschieden wird.

„Wir werden diese sprachlichen Tricksereien – gemeinsam mit unseren Fachgewerkschaften – sehr genau beobachten“, kündigte Becker an.

Tatsächlich hat das irritierende Flugblatt keine Wirkung entfaltet. Denn mittlerweile hat die Senatsverwaltung für Finanzen auf ihrer Homepage die geplante Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin bekannt gegeben. Danach sollen die Erhöhungen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) – neben den 1,1 Prozentpunkten zur Annäherung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt der Bundesländer – übertragen werden. Allerdings wieder mit

einem Pferdefuß: Anpassungstermin soll einmal mehr der 1. April sein.

Dies würde ab 1. April 2019 eine Erhöhung von insgesamt 4,3 Prozent und zum 1. Februar 2020 von ebenfalls 4,3 Prozent bedeuten. Eine weitere Erhöhung soll dann schließlich zum 1. Januar 2021 erfolgen.

Gegen den zum wiederholten Male verspäteten Anpassungstermin hat der dbb berlin bereits energisch protestiert. Das letzte Wort ist hier aber noch lange nicht gesprochen, denn die nicht nachvollziehbare zeitliche Verzögerung wird auf jeden Fall Gegenstand des Besoldungsgesprächs sein, das der dbb berlin am 8. Mai mit dem Regierenden Bürgermeister, dem Finanzsenator, dem Innensenator und den Vertretern des DGB Berlin-Brandenburg am 8. Mai 2019 führen wird.

Außerdem wird der dbb berlin alle Möglichkeiten im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ausschöpfen, um grundsätzlich eine zeit- und systemgleiche Anpassung der Beamtenbezüge an die Einkommensrunden der Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erreichen, kündigte der dbb Landeschef an. ■



© MEV

Tarif-Talk erläutert TV-L-Verbesserungen

Ganz auf die Ergebnisse des neuen TV-L haben die beiden stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Synnöve Nüchter und Sandra Kothe die vierte Folge ihres beliebten Tarif-Talks abgestimmt.



Und weil der Abschluss, auf den sich Gewerkschaften und Arbeitgeber am 2. März 2019 geeinigt haben, so komplex ist, haben die beiden Expertinnen ihr informatives Gespräch zum besseren Verständnis vorsorglich

in vier Teile gesplittet, und zwar „Entgelt“, „Entgeltordnung“, „Auszubildende und Praktikanten“ sowie „weitere Tarifiergebnisse“, unter anderem Jahressonderzahlung oder Entgeltordnung Lehrer.

Alle vier Videos sowie natürlich auch die vorangegangenen drei Folgen sind abrufbar unter www.dbb.berlin.



Lehrerverbeamtung

SPD-Landesparteitag stellt sich quer

Mit der knappen Mehrheit von 129 Stimmen der 243 stimmberechtigten Delegierten hat der SPD-Landesparteitag am 30. März 2019 eine Wiederverbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer abgelehnt. Der dbb berlin bedauert diese Entscheidung und erwartet desaströse Konsequenzen.

„Der akute Lehrermangel wird weiter wachsen und immer größeren Druck auf die Politik ausüben“, prognostizierte dbb Landeschef Frank Becker unmittelbar nach der Parteitagsentscheidung.

Verheerend dürfte insbesondere die Signalwirkung des Beschlusses auf die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer sein, die schon jetzt nur mit viel zusätzlichem Engagement den Unterrichtsbetrieb teilweise gerade noch notdürftig aufrechterhalten können, weil es an ausgebildetem Personal fehlt. Letzteres wandert nämlich zunehmend ins benachbarte Brandenburg oder ein beliebiges anderes Bundesland ab, weil mittlerweile – außer in Berlin – bundesweit verbeamtet wird.

Immerhin ist in den Reihen der Berliner SPD die Einsicht gewachsen, dass mit ideologischen Dogmen kein Wettbewerb zu gewinnen ist. Das hat die sehr hitzige Diskussion beim Landesparteitag gezeigt. Fast 50 Rednerinnen und Redner hatten eine heftige Debatte geführt, bei der sich unter anderem Schulsenatorin Sandra Scheeres und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, engagiert für die Wiederverbeamtung eingesetzt haben. Auch die stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, Astrid Hollmann, hatte als Parteitagsdelegierte nachdrücklich für eine Zustimmung zu dem Antrag auf Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer plädiert.

Sonderweg beenden

In diesem Antrag hieß es sehr richtig „Berlin muss seinen Sonderweg beenden und seine Lehrkräfte wieder verbeamtet, um konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt qualifizierter Lehrkräfte zu sein. Senat und Abgeordnetenhaus-Fraktion werden aufgefordert, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür rechtzeitig ab 2019 zu schaffen.“

Zur Begründung wurde auf den bestehenden Lehrkräftemangel, den extrem hohen Anteil von Quereinsteigern in Berlin und die fehlende Konkurrenz-

fähigkeit des Berliner Schuldienstes, weil alle anderen Bundesländer die Lehrkräfte verbeamtet, verwiesen. Der Versuch, durch eine Anhebung der Angestelltenvergütung, Fachkräfte nach Berlin zu holen, führe angesichts der Konkurrenzsituation auf dem Lehrkräftemarkt nicht zu dem gewünschten Ergebnis, sondern zur Erhöhung der Personalkosten, zu unterschiedlicher Bezahlung der Lehrkräfte in den Schulen und letztlich zu weiteren Abwanderungen.

Die Bildungsgewerkschaften im dbb berlin hatten bereits im Vorfeld des Landesparteitages Stellung bezogen und ihren Flyer „Verbeamtung wirkt“ vor dem Veranstaltungsort, bcc Berlin Congress Center in Mitte, an die Delegierten verteilt.

Finanzsenator operiert mit vordergründiger Statistik

Mittlerweile hat sich Finanzsenator Matthias Kollatz genötigt gesehen, ein Papier zur Lehrerverbeamtung zu veröffentlichen und sich dabei – offenbar um Gegenargumente verlegen – zu Zahlenspielerien mit der Gesundheitsquote verstiegen: Nach Ablauf der sechswöchigen Entgeltfortzahlung nach dem TV-L seien verbeamtete Lehrkräfte, für die diese Einschränkung nicht gilt, mehr als doppelt so häufig weiterhin krank als angestellte Lehrkräfte (6,5 Prozent zu 3 Prozent Langzeiterkrankte). In einer „grobem Kalkulation“ würde man demnach 3,5 Prozent mehr Beamtinnen und Beamte benötigen, um einen vorhandenen Bedarf zu decken.

„Hier werden ein paar willkürlich ausgewählte Zahlen auf den Tisch gelegt, um den Beamtenstatus pauschal schlechtzureden. Das ist nicht in Ordnung“, wies dbb Landeschef Frank Becker die Milchmädchenrechnung des Finanzsenators zurück. Belastbar seien Kollatz Zahlen schon deshalb nicht, weil der höhere Altersdurchschnitt der Beamtinnen und Beamten nicht in die Statistik eingeflossen ist. Bekanntlich hat Berlin seit 2003 nicht mehr verbeamtet. „Jeder weiß, dass mit steigendem Alter auch die Anfälligkeit für Krankheiten steigt“, so Becker. ■

Jede Stimme zählt bei der Europawahl

Weichenstellungen auch für den öffentlichen Dienst!

Die Europawahl steht vor der Tür und ist von immenser Bedeutung für den künftigen politischen Kurs in den Mitgliedstaaten. Wie wichtig die Entscheidungen des Europäischen Parlaments auch für den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten sind, haben Berliner Kandidatinnen und Kandidaten in kurzen Statements dem hauptstadt magazin gegenüber umrissen.

Vor einem Rückfall in die Kleinstaaterei warnt die SPD. Gabriele Bischoff gegenüber dem hauptstadt magazin:



Gabriele Bischoff

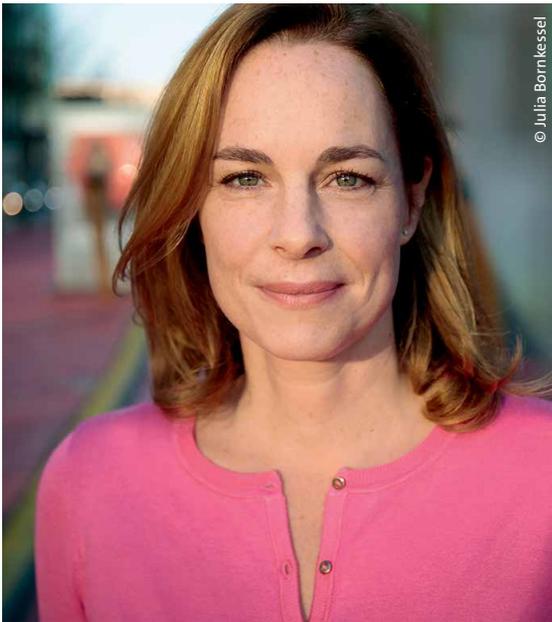
„Als Kandidatin der SPD Berlin für das Europäische Parlament setze ich mich für eine sozial gerechte, nachhaltige und solidarische Europapolitik ein. Wir als SPD treten für ein Europa ein, das die Menschen schützt.“

Gute Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste tragen wesentlich zur Lebensqualität der Bürger(innen) bei. Wir wollen deshalb den Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen durch gute Rahmenbedingungen gewährleisten und sicherstellen, dass dies auch durch internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt wird.

Die EU steht von vielen Seiten unter Druck, ihre Einheit ist gefährdet. Bei der Europawahl geht es auch um eine Richtungsentscheidung! Ob wir zurückfallen in Nationalismus und Kleinstaaterei, oder in ein starkes, solidarisches Europa investieren.“

Für die CDU brachte Hildegard Bentele MdB, Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, den Einfluss des Europäischen Parlaments auch auf den öffentlichen Dienst in Deutschland und in Berlin auf den Punkt:

„Europaweite Ausschreibungen bei Auftragsvergaben, EU-Fördermaßnahmen (EFRE/ESF) und Programme wie Erasmus+ haben direkten Einfluss auf das Verwaltungshandeln des öffentlichen Dienstes.“



© Julia Bornkessel

Hildegard Bentele

Häufig sind die Anforderungen aber so komplex, dass Verwaltungshandeln erschwert und behindert wird. Das Europaparlament kann auf Bürokratieabbau und -entlastung wichtigen Einfluss nehmen, denn keine EU-Richtlinie kann ohne Parlamentszustimmung in Kraft treten.

Klares ‚Ja‘ zum Berufsbeamtentum

Für die CDU liegt die hohe Bedeutung eines gut funktionierenden, wettbewerbsfähig vergüteten sowie effizienten öffentlichen Dienst auf der Hand, ebenso stehen wir sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene zum Beamtentum. Nur eine starke christdemokratische Stimme wird Ihren Interessen auch auf der europäischen Ebene Ausdruck verleihen können!“

Europäische Gewerkschaftsarbeit stärken



© Dennis-Williamson

Hannah Neumann

Hannah Neumann ist Kandidatin der Grünen und verbindet ihr Statement mit einem eindringlichen Appell, zur Wahl zu gehen:

„Wir verdanken Europa unglaublich viel: Frieden, Wohlstand und Freiheit. Das wollen wir Grünen bewahren und weiterentwickeln. Dabei geht es auch um konkrete Verbesserungen für Sie als Beamter/Beamtin. Wir kämpfen für eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen, für den Ausbau der Jugendgarantie, für Qualitätskriterien bei Praktika, die Stärkung der europäischen Gewerkschaftsarbeit, mehr Mitbestimmung der Kommunen bei der Daseinsvorsorge und einen europäischen Dienst, der wirklich unsere europäische Gesellschaft wieder spiegelt. ‚Wir sind Europa‘, so hat es die dbb Jugend in ihrem Positionspapier auf den Punkt gebracht. Werben Sie mit uns für Europa und dafür, dass viele Menschen zur Wahl gehen. Jede nicht abgegebene Stimme ist eine verschenkte Möglichkeit, unser gemeinsames Europa mitzugestalten.“

Daseinsvorsorge öffentlich organisieren



© Sven Serkis

Martin Schirdewan

Der Europaparlamentarier Martin Schirdewan, Kandidat der „Linken“, wertet die anstehende Wahl als Richtungsentscheidung für den Ausbau von Beschäftigung und Sozialstaat:

„Bei diesen Wahlen geht es um eine Richtungsentscheidung für ein soziales Europa mit guter Arbeit, existenzsichernden fairen Löhnen und sozialer Sicherheit.“

Mit einem EU-weit koordinierten Zukunftsprogramm wollen wir die Investitionen am gesellschaftlichen Bedarf ausrichten. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss das Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen. Es muss die Daseinsvorsorge im Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.“

Immer mehr Zuspruch für „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“

Schon 33 Verbandspartner zählt das Bündnis „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“, das das weitere Ausbluten der kaputtgesparten Berliner Verwaltung nicht nur verhindern, sondern die personellen und materiellen Voraussetzungen für ihre qualitativ hochwertige Funktionsfähigkeit wiederherstellen will. Auch der dbb berlin zählt als Interessenvertretung der betroffenen Verwaltungsmitarbeiter(innen) zu den Mitgliedern des Pakts, der im Januar von der IHK Berlin ins Leben gerufen wurde. In dem nachfolgenden Beitrag skizziert die Berliner IHK-Präsidentin Beatrice Kramm, warum Senat und Bezirke jetzt endlich mit echten Reformen für die richtigen Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst sorgen müssen.

Gemeinsam für eine #starkeverwaltung

Kaum ein Tag ist im letzten Jahr vergangen, ohne dass in den Zeitungen der Stadt nicht über neue Sündenfälle in der Berliner Verwaltung berichtet wurde. Die Kfz-Zulassungsstellen waren so überlastet, dass ein großer Car-Sharing-Anbieter seine Autos lieber in Hamburg zulässt. Mütter und Väter mussten teilweise monatelang auf Unterhaltsvorschüsse warten, weil die verantwortlichen Stellen mit der Bearbeitung nicht nachkamen. Eine Vielzahl an vakanten Stellen in der Verwaltung blieb unbesetzt und die Arbeitsbelastung der vorhandenen motivierten Mitarbeiter stieg und stieg. Keine guten Signale für den Wirtschaftsstandort, für die Familien und für die motivierten Mitarbeiter der Verwaltung in Berlin.

Die Mängelliste ließe sich ohne Weiteres fortsetzen – nur damit wäre an dieser Stelle keinem geholfen!

Das Anliegen aller Akteure der Stadtgesellschaft als Kunden der Verwaltung muss es sein, den Blick nach vorne zu richten und von den Verantwortungsträgern in Senat und Bezirken jetzt echte Reformen einzufordern.

Und auch die Politik weiß: Berlins Verwaltung kann viel mehr – wenn man nur für die richtigen Rahmenbedingungen sorgt. Diese Erkenntnis ist nicht ganz neu: Bereits in der Vergangenheit gab es zahlreiche Reforminitiativen. Diese scheiterten dann an politischen Widerständen oder an der konkreten Umsetzung.

Ich bin jedoch der Auffassung, dass wir in diesem Jahr die Chance haben, wirksame Reformen auf den Weg zu bringen und auch umzusetzen. Ich glaube,

dass die Unzufriedenheit vieler Akteure in der Stadt ein Maß erreicht hat, das die Politik nicht länger ignorieren kann. Im Abgeordnetenhaus, Senat und Bezirken gibt es Reformer, die grundlegenden Veränderungen offen gegenüberstehen und diese selbst vorantreiben möchten. Diese Reformbereitschaft zieht sich quer durch alle Parteien. Und ganz entscheidend: Viele gute Vorschläge liegen auf dem Tisch und könnten sofort beschlossen werden.

Als Blaupause müssen die Impulse dienen, die Heinrich Alt im vergangenen Jahr im Auftrag des Senats mit seiner Steuerungsgruppe erarbeitet hat. Sie sind der Schlüssel zu mehr Kundenfreundlichkeit, einheitlichen Strukturen, effizienten Prozessen und mehr Arbeitgeberattraktivität. An den Vorschlägen der Expertengruppe werden sich die Beschlüsse des „Zukunftspakts Verwaltung“ messen lassen müssen, den Senat und Bezirke im Mai abschließen möchten.

Die IHK Berlin und viele Partnerverbände stehen bei diesem für die Stadt so wichtigen Zukunftsprozess nicht am Rand. Wir schalten uns aktiv in die Debatte ein. Ich bin sehr stolz darauf, dass unser im Januar gestartetes Bündnis „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“ mittlerweile 33 Verbandspartner zählt. Zusammen haben wir eine starke Stimme und machen deutlich: Verwaltung geht alle an – egal ob Sozial-, Wirtschafts- oder Umweltverband, egal ob Gewerkschaft, Sportbund oder Kirche.

Wir freuen uns, dass unser konstruktiver und partnerschaftlicher Einsatz für eine moderne Verwaltung auch von der Politik honoriert wird. Das zeigen die vielen guten Gespräche mit Vertretern aus Senat und Bezirken.

Und unser Weg ist nicht zu Ende! Bis zur Verabschiedung des Zukunftspakts gilt es, die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema hochzuhalten. Nutzen wir alle Foren, die sich bieten, um unsere Forderungen für eine starke Verwaltung sichtbar zu machen. Sensibilisieren Sie Ihre Mitglieder auf Veranstaltungen, nutzen Sie Ihre Politikgespräche, engagieren Sie sich in den sozialen Medien (#starkeverwaltung) und geben so unseren Forderungen noch einmal eine größere Reichweite.

Weisen Sie Ihre Geschäftspartner und beruflichen Kontakte auf unsere Kampagne hin (www.eine-starke-verwaltung.de). Motivieren Sie Verbandsvorteiler zum Beitritt und ermutigen Sie Freunde und Kollegen, ineffiziente Prozesse über unseren Notstandsmelder auf der Website zu veröffentlichen. Durch Plakataktionen werden wir dafür sorgen, dass an unserer Kampagne in nächster Zeit sprichwörtlich keiner mehr vorbeikommt.

Bald werden wir sehen, welche Richtung die Berliner Politik der Verwaltung durch den „Zukunftspakt“ geben möchte. Aus der Vergangenheit haben wir eines gelernt: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“!



Die Berliner IHK-Präsidentin Beatrice Kramm setzt sich für eine starke Verwaltung ein.

Für die Politik ist Verabschiedung des Zukunftspakts der Startschuss für die Umsetzung der Neuerungen. Hier wird viel Durchhaltevermögen gefragt sein. Die IHK und alle Kampagnenpartner der Initiative „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“ werden in jedem Fall am Ball bleiben und den Umsetzungsprozess konstruktiv begleiten. Auf diese gemeinsame Aufgabe freue ich mich!

Beatrice Kramm

Die Doppelspitze der Seniorenvertretung

Holger Schulz ist Vorsitzender der Seniorenvertretung. Er ist 63 Jahre jung, verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder.

Beruflich war er in der Zeit von November 1974 bis Dezember 2016 als Polizist in den verschiedensten Funktionen tätig.

Gewerkschaftlich gehört Schulz seit 1990 der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOlG) an, wo er nach verschiedenen Funktionen im Kreis- und Landesvorstand im September 2016 das Amt des Beisitzers Senioren im Landeshauptvorstand übernommen hat und damit zugleich Mitglied der Seniorenvertretung des dbb berlin geworden ist. Am 16. Oktober 2018 wurde er zum Vorsitzenden der Seniorenvertretung des dbb Landesbundes gewählt.

Wissen und Erfahrung bleiben erhalten

Den stellvertretenden Vorsitzenden der Seniorenvertretung, Bernd Raue, muss man beim dbb berlin eigentlich nicht mehr vorstellen. Über 20 Jahre hinweg hat der mittlerweile 70-jährige der Landesleitung angehört und als stellvertretender Landesvorsitzender das Tarifgeschäft federführend betrieben sowie das Seminarprogramm des dbb berlin verantwortet. Umso erfreulicher, dass sein Wissen und seine Erfahrung dem Landesbund mit seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Seniorenvertretung im Oktober vergangenen Jahres erhalten bleiben.

Raue war bis zu seinem Ruhestand 40 Jahre lang als Betriebsprüfer in der Berliner Steuerverwaltung tätig. Dementsprechend hat er seine gewerkschaftliche Orientierung 1976 bei der DSTG Berlin gefunden und sich dort u. a. in die Landesleitung, dem Landesvorstand und der Landestarifkommission eingebracht.

Bei seiner Arbeit als stellvertretender Vorsitzender ist Raue die Durchführung von Seminaren zu gesellschaftspolitischen Themen sehr wichtig. „Mobilität im Alter“, „Gesund alt werden“ und „Was entwickelt sich auf dem Gebiet der Pflege“ sind einige Beispiele dafür.

Frischer Wind bei den Seniorinnen und Senioren!

In der Seniorenvertretung des dbb berlin herrscht Aufbruchstimmung. Bei den Neuwahlen im vergangenen Jahr wurden mit dem neuen Seniorenbeauftragten Holger Schulz (DPOlG) und seinem Stellvertreter Bernd Raue (DSTG) zwei hochengagierte Gewerkschafter an die Spitze gewählt. Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin skizzierte Schulz, wie die Seniorenarbeit künftig aussehen soll.



Holger Schulz und Bernd Raue stehen an der Spitze der Seniorenvertretung (von links).

„Mein Ziel ist es zunächst, die Kommunikation mit allen Seniorenbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften zu intensivieren. Nur so können wir erfahren, wo der Schuh bei den Ruheständlern der verschiedenen Dienststellen und Behörden drückt und können deren Anliegen in den Landeshauptvorstand des dbb berlin wirkungsvoll einbringen. Denn dort hat der Seniorenbeauftragte Sitz und Stimme und kann Beschlussvorschläge einbringen.“

In der Seniorenvertretung selbst sind nur acht Mitgliedsgewerkschaften repräsentiert und zwar neben der DPOlG und der DSTG mit den beiden Spitzenvertretern Schulz und Raue der VBE mit Gabriele Dietrich, der phv mit Jobst Werner, die DJG mit Reinhard Junker, der VRB mit Heinrich Hellstab, der DGVB mit Peter Streich und last, but not least, der BRH mit dem ehemaligen Seniorenbeauftragten des dbb berlin, George Bamberger.

Insgesamt dürften sich aber nach Schätzung von Schulz weitere 25 Seniorenvertreterinnen und -vertreter in Berliner dbb Gewerkschaften für das Wohl der Ruheständler einsetzen. Mit denen will er Kontakt aufnehmen, soweit dies nicht schon automatisch bei dem alljährlichen Seniorenseminar geschieht, das immerhin 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Platz bietet.

Für das nächste Seminar am 23. Oktober 2019 sind die Vorbereitungen längst im Gange. Sowohl der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing (DPhV), als auch der Besoldungs- und Versorgungsexperte vom dbb Bund, Andreas Becker, haben ihre Mitwirkung zugesagt und werden über aktuelle Entwicklungen in der Senioren- beziehungsweise der Besoldungs- und Tarifpolitik im Land Berlin informieren. Auch die Änderungen im Beihilferecht, die sich nach der Angleichung an das Bundesrecht ergeben haben, werden bei den Teilnehmern auf großes Interesse stoßen und fachkundig von der Beihilfeexpertin des dbb Landesbundes, Petra Woosmann, präsentiert werden. Weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung soll die Seniorensicherheit sein.

Ein Vertreter des LKA hat diesen Part übernommen und wird den Seniorenvertreter(inne)n die Tricks und Fallen vorführen, vor denen ältere Menschen sich ganz besonders hüten sollten.

„Die Fachgewerkschaften können Thematik und Herangehensweise danach gern übernehmen“, erklärt Schulz unter Hinweis auf deren Brisanz.

Im Sinne einer breiten Basis für die dbb Seniorenarbeit schwebt Schulz im kommenden Jahr vor, anstelle des auf 20 Teilnehmer begrenzten Seminars eine Tagung mit allen Seniorenvertretern der Mitglieds-gewerkschaften durchzuführen. An Themen für die Tagung sollte es nicht mangeln. „Pflege, Angleichung Renten Ost an Renten West oder Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen“ sind nur einige Baustellen, die Schulz spontan einfallen.

Es gibt also viel zu tun, und das hauptstadt magazin wünscht den neuen dbb Seniorenvertretern viel Erfolg und Durchsetzungsvermögen bei ihrer wichtigen Arbeit.

Wieder Anschläge gegen Vollzugsbedienstete

BSBD: Schutz intensivieren!

Wieder haben zwei Autos von Mitarbeitern der Jugendstrafanstalt Berlin gebrannt. Und auch wenn die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, befürchtet der BSBD Berlin, dass es sich erneut um einen gezielten Anschlag gehandelt hat. Schon wiederholt wurden Autos angezündet und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Strafvollzugs bedroht. Ein leitender Mitarbeiter der JVA Tegel hatte sogar zu Hause ungebetenen Besuch.

Der BSBD Berlin verurteilt die Anschläge auf Bedienstete des Justizvollzuges auf das Schärfste und fordert deutlich wirksame Sicherheitsmaßnahmen.

„Der Vorfall zeigt, dass der Justizvollzug auf jeden Fall in die Diskussion über mehr Innere Sicherheit einbezogen werden muss“, mahnte der Berliner BSBD-Chef Thomas Goiny. Der Vollzug, der am Ende jeglicher Ermittlungstätigkeit von Strafverfolgungsbehörden und Polizei stehe, habe über Jahre hinweg mit einer zunehmend gewalttätigen Klientel zu tun.

Nicht nur während des Dienstes in den Justizvollzugsanstalten müssten die Bediensteten ständig mit Tötlichkeiten und Übergriffen rechnen, sondern auch in der Freizeit, auf dem Weg zur Arbeit oder sogar zu Hause.



BSBD-Landeschef Thomas Goiny

Der BSBD Berlin fordert den Justizsenator auf, den Schutz seiner Bediensteten zu intensivieren und gemeinsam mit dem Innensenator dafür Sorge zu tragen, dass zum Beispiel Anschriften und Kennzeichen der Mitarbeiter(innen) im Justizvollzug gesperrt werden.

„Wir hoffen, dass die Polizei schnell aufklären kann, wie es zu dem Brand kommen konnte und dass die Täter gefasst werden, sollte sich der Anschlagsverdacht bestätigen“, erklärte Goiny.

Den Schaden der beiden betroffenen Bediensteten gelte es zügig und unproblematisch zu regulieren.

Autoversicherung

Sicherer fahren und Geld sparen mit Telematic Plus



Bei der HUK Coburg winken Autofahrern jetzt Boni für sicheres und verantwortungsvolles Fahrverhalten. Die Prämie für die Kfz-Haftpflichtversicherung kann sich nach einer Anlaufphase um bis zu 30 Prozent verringern. Wie der Telematic-Tarif konkret funktioniert, erfuhr das hauptstadt magazin im Interview mit HUK-Vorstandsmitglied Jörg Rheinländer.

hauptstadt magazin: Die Entwicklung in der Autoversicherung verändert sich momentan stark. Es geht viel in Richtung nutzungsbasierte Kfz-Versicherung. Was heißt das genau?



© HUK Coburg (2)

Jörg Rheinländer informiert über Telematic plus.

Rheinländer: Es geht um das Stichwort Telematic. Dabei handelt es sich um eine innovative Technologie, die Telekommunikation und Informatik verbindet. Mit ihr können Daten über das Fahrverhalten erfasst werden.

Der Preis für die Versicherung eines Pkw richtet sich nach vielen Merkmalen. Beispielsweise dem versicherten Fahrzeug, der Region, dem Stellplatz oder der jährlichen Fahrleistung. Mithilfe von Telematic berücksichtigen wir auch das Fahrverhalten bei der Beitragsgestaltung.

Sicheres Fahren wird belohnt

hauptstadt magazin: Was habe ich als Autofahrer davon?

Rheinländer: Die HUK-COBURG unterstützt und belohnt verantwortungsvollen und sicheren Fahrstil. Seit Anfang April bieten wir unseren neuen Telematic-Tarif in der Kfz-Versicherung an. Er löst das erfolgreiche Produkt „Smart Driver“ ab und wird

für alle Kunden offenstehen. Bisher war unser Produkt auf junge Fahrer beschränkt und war bei dieser Zielgruppe bereits sehr erfolgreich. Wir hatten rund 80.000 Stück davon verkaufen können. Jetzt wird es noch besser: Wir konnten die Technik stark vereinfachen. Die Nutzer befestigen einfach einen Sensor von der Größe einer Vignette an ihrer Windschutzscheibe und verbinden diese mit unserer App „Mein Auto“. In dieser App wird allen Nutzern ihr persönlicher Fahrwert angezeigt, der Versicherungsnehmer sieht außerdem den Gesamtscore für das jeweilige Fahrzeug und die entsprechende Ersparnis auf die Versicherungsprämie.

hauptstadt magazin: Würden Sie selbst einen Telematic-Tarif abschließen?

Rheinländer: Auf jeden Fall. Zum einen ist da ja die mögliche Ersparnis – je vorausschauender ich fahre, desto besser wird mein Fahrwert und desto günstiger wird mein Tarif. Darüber hinaus habe ich für mich festgestellt, dass es einfach Spaß macht, aus Interesse mal die eigenen Fahrwerte anzusehen und bei Gelegenheit mit Freunden oder Familie zu vergleichen. Beim Autofahren nimmt man sich ja selbst nie objektiv wahr, da kann so eine Außenansicht durchaus neue Erkenntnisse bringen.

Ersparnisse wachsen

hauptstadt magazin: Und wie hoch ist die Ersparnis konkret?

Rheinländer: Zu Beginn erhalten Sie einen Start-Bonus in Höhe von 10 Prozent auf Ihren Beitrag in der Kfz-Haftpflichtversicherung und Kasko – unabhängig von Ihrem Fahrverhalten. Er gilt so lange, bis ein Bonus berechnet werden kann, der auf Ihrem Fahrverhalten basiert. Im Anschluss an die Startphase wird der Start-Bonus durch den Folge-Bonus ersetzt. Seine Höhe hängt von Ihrem Fahrverhalten ab. Bis zu 30 Prozent Bonus auf Ihren Beitrag sind im Folgejahr dabei für Sie drin. Ganz wichtig ist, dass Sie mit Telematic Plus nie mehr zahlen als mit einer Autoversicherung ohne Telematic-Tarif.

hauptstadt magazin: Wann wird der Folgebonus berechnet?

Rheinländer: Einmal pro Jahr, am 30. September, wird der Basis des Gesamtfahrwertes Ihr Folge-Bonus berechnet. Er reduziert Ihren Beitrag in der Kfz-Haftpflichtversicherung und Kasko im Folgejahr um bis zu 30 Prozent. Den voraussichtlichen Bonus können Sie jederzeit in der App „Mein Auto“ einsehen. Übrigens bekommen dbb Neukunden zusätzlich einen dbb Extrabonus. ■



Mehr Informationen zum Tarif zum sicheren Fahren finden sich unter www.huk.de/dbb.dbb-Mitglieder, die ihr Angebot dort oder bei einem der vielen Berater der HUK-COBURG berechnen, erhalten als Neukunde 30 Euro dbb Bonus. Details dazu unter www.huk.de/

Taverna Kretamos

Ein Stück echtes Kreta in Steglitz

Die kretische Küche ist weltweit als besonders wohlschmeckend und gesund berühmt und findet auch in Berlin immer größeren Zuspruch. Vor ein- einhalb Jahren ist sie mit der „Taverna Kretamos“ auch in Steglitz-Lichterfelde angekommen und hat seitdem einen wahren Siegeszug angetreten.

Den Erfolg des Restaurants im Gardeschützenweg 68, das ganz im Stil einer griechischen Taverne gehalten ist, führt Inhaber Markos Syngelakis vor allem auf seine authentische Küche und die Verwendung hochwertiger Originalzutaten zurück. Letztere werden nämlich zum großen Teil direkt aus Kreta bezogen, und zwar aus dem Anbau der eigenen im Norden der Insel ansässigen Familie, die seit Generationen Landwirtschaft und eine traditionelle Taverne betreibt.

Qualität statt Quantität

Kein Wunder, dass schon das hochwertige Olivenöl und das selbst gebackene Weißbrot, die zu Beginn der Mahlzeit gereicht werden, der Auftakt zu einem besonderen Geschmackserlebnis sind.

Auf der Speisekarte wird klar auf Qualität statt auf Quantität gesetzt: Neben einer Vielzahl von inseltypischen Vorspeisen werden – täglich wechselnd – ganz bewusst lediglich fünf Hauptgerichte angeboten, damit wirklich jede Mahlzeit frisch und aromatisch auf den Tisch kommt.

Ein Konzept, das offenbar aufgeht, denn bei einem Besuch des hauptstadt magazins mitten in der Woche war jeder Tisch des Lokals besetzt und es herrschte eine ausgesprochen anheimelnde Atmosphäre. Dafür sorgt schon Hausherr Markos, der nicht nur jeden Gast herzlich willkommen heißt, sondern ihn auch im weiteren Verlauf seines Besuchs warmherzig betreut.



Anheimelnde Atmosphäre

In diesem fast familiären Rahmen schmecken die Köstlichkeiten, die das feine Händchen von Köchin Malaneatenia

Mylone auf den Tisch zaubert, natürlich noch einmal doppelt so gut. Die Vorspeisen von gefüllten Weinblättern über Kichererbsenpüree bis hin zu Auberginen, Sardellen und Schafskäsecreme erwiesen sich als ausgesprochen fein und abwechslungsreich. Auch die Qualität der Hauptgerichte – Moussaka und Souflaki wurden vom hauptstadt magazin getestet – ließ keine Wünsche offen.

Beim Wein gerät Wirt Markos selbst ins Schwärmen und weiß von nicht weniger als 450 griechischen Rebsorten zu berichten. Wenigstens einige von ihnen werden übrigens einmal im Monat bei einer Weinprobe in der Taverne verkostet.

Dem Zufall überlassen hat Markos, der seit fünf Jahren mit seiner Frau und seinen Kindern in Berlin lebt, natürlich auch den Standort seiner Taverne nicht, die nur einen Katzensprung zum S-Bahnhof Botanischer Garten entfernt liegt. Der Weg zu einer typisch kretischen Mahlzeit ist also denkbar einfach, allerdings empfiehlt es sich dringend zu reservieren. Denn obwohl die Taverne in den anderthalb Jahren ihres Bestehens schon auf 45 Plätze erweitert worden ist, reichen die Kapazitäten bisweilen nicht aus.

Weitere Infos und Reservierung unter: https://kretamos.eatbu.com ■



Markos mit seiner ausgezeichneten Köchin

© dbb berlin (2)

Ge- spenster- treiben	↘	Vorname Heming- ways	↘	ein Balte	<p style="text-align: center;">Unsere Gewinner</p> <p>Das Preisrätsel aus der April-Ausgabe haben gewonnen: Sabine Meinhardt, 10825 Berlin Aline Rodewald, 12557 Berlin Sandra Schwager, 13127 Berlin Werner Harbott, 14169 Berlin Rüdiger Reedwisch, 34292 Ahnatal</p> <p style="text-align: center;">Herzlichen Glückwunsch!</p>										sonit, mithin	↘	Schutz- stoffe verab- reichen	↘	Gemahlin Lohen- grins					
mittel- u. südameri- kanische Währung	→		↘												fieder- blau, hell- violett	→								
↖	↻ 6																					↻ 5	kleines Klapp- fenster	
seichte Stelle eines Flusses	↖																							
deutsche Filmdiva (Hilde- gard)	↖	selbst- tätiges Gerät		Musen- ross der griech. Sage																				
Gesichts- punkt	→				↘	die Wärme betref- fend	↘	humor- voll, unter- haltsam	↘	Laub- baum	Gemüse- pflanze	↘	griechi- scher Hirten- gott	↘	↻ 7									
↖			↻ 3	unechter Schmuck	↖	reich an Licht				↖	der Stech- palme ähnliche Pflanze													
Bast- faser		Ost- germane						Bruder des Moses					festes See- Signal- zeichen	↖	früherer Lanzen- reiter	nicht hungrig								
↖				Mittel- losigkeit	↖					↖	chem. Element, Seltener- erdmetall	↖	deut- scher Künstler (Joseph)	↖	↻ 1									
russi- sche Halb- insel		Lachs- fisch						mehr- faches Echo				↖				Abkür- zung: Siehe unten!								
↖				amerika- nische Raum- sonde					↖				Gefäng- nis (ugs.)											
mit Padd- eln ge- fahrenes Sportboot		Schreib- art: Kunst- richtung			↖			Klatsch, Tratsch						↖	↻ 9	Fuge, längli- che Ver- tiefung								
					↖																			

PREISRÄTSEL



**Gast in der
Taverne ...**

kann die Gewinnerin bzw. der Gewinner un-
seres Mai-Preisausschreibens mit einer Be-
gleitperson sein. Wirt Markos Syngelakis
wird sie unentgeltlich mit Köstlichkeiten
der Taverna Kretamos und einer Flasche
griechischen Weins verwöhnen. Voraus-
setzung ist: Sie schicken die richtige Lö-
sung bis 15. Mai 2019 an

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

*Und dann auf ein wenig
Losglück hoffen.*

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

BBBank Stiftung

Von Menschen. Für Menschen

Etwas über Null Grad Celsius, bedeckter Himmel, Nieselregen. Typisches Wetter für Ende November. Gabriele Homola, Projektpatin der BBBank Stiftung und Mitarbeiterin der BBBank, ist unterwegs zur Kinder- und Jugendstation des Helios Klinikums Emil von Behring in Berlin. Sie wird in einer halben Stunde einen Spendenscheck über 7.500 Euro an Jacqueline Boy, Vorstand von Kinderschutzensengel e.V., übergeben.

Frau Boy und die Verantwortlichen auf Station freuen sich, denn die Spende der BBBank Stiftung ermöglicht es, ein ganz besonderes Projekt auf- und auszubauen: Jacqueline Boy besucht nämlich mit ihren Therapie-Begleithunden regelmäßig die Kinder- und Jugendstation des Klinikums.

„Ärzte auf vier Pfoten“

Denn die speziell ausgebildeten „Ärzte auf vier Pfoten“ schaffen etwas ganz Besonderes: Wo aller menschlichen Zuneigung der Zugang zu schwer kranken Kindern versagt bleibt, gelingt es den Hunden immer noch, Freude, Aufmerksamkeit und Zuneigung zu wecken.

Die Spendenübergabe ist nur die erste von insgesamt 30 im gesamten Bundesgebiet, die aus der Weihnachts-spenden-Aktion 2018 finanziert werden können.

Ob Therapie-Begleithunde, Klinik-Clowns oder Patienten-Tablets – BBBank Stiftung und BBBank möchten mit ihrer Spenden-Aktion kranken Kindern und Jugendlichen, die einen längeren Krankenhausaufenthalt durchleben müssen, etwas Abwechslung und Normalität bescheren.

165.000 Euro stehen hierfür insgesamt zur Verfügung. Möglich gemacht haben dies die Kunden der BBBank, die dem jährlichen Spendenaufruf zur Weihnachtszeit gefolgt sind und insgesamt 90.000 Euro gespendet haben. Die BBBank selbst hat den Betrag um zusätzliche 75.000 Euro aufgestockt.

Chancengleichheit in Bildung und Erziehung

Hilfe für kranke Kinder und Jugendliche und Chancengleichheit in Bildung und Erziehung zählen zu den Hauptanliegen der BBBank Stiftung. Ende 2011 wurde die BBBank Stiftung vom Regierungspräsidium Karlsruhe als gemeinnützig anerkannt und in das Stiftungsverzeichnis eingetragen. Das Stiftungskapital in Höhe von einer Million Euro wurde von der BBBank zur Verfügung gestellt. Bis heute hat sich das Stiftungsvermögen, das nach dem Ewigkeitsprinzip erhalten bleibt, auf über 2,3 Millionen Euro erhöht. Mit den Kapitalerträgen aus dieser Summe werden Projekte in ganz Deutschland unterstützt.



Große Freude über die Spende auf der Kinder- und Jugendstation.

„Zustiftung“ möglich

Doch das ist nur ein Ansatz, wie die BBBank Stiftung die Welt ein kleines bisschen bessermachen will: „Wir wissen, dass sich viele Menschen engagieren möchten, in der Regel ganz konkret für ein Projekt vor der eigenen Haustür. Jedoch befinden wir uns in einer schnelllebigem Zeit – und Zeit ist ein knappes Gut,“ sagt Gabriele Kellermann, Vorstandsmitglied der BBBank Stiftung. „Schon bei Erstellung unserer Satzung war es uns deshalb wichtig, Möglichkeiten zu schaffen, mit denen sich jeder unkompliziert und ohne großen Aufwand für sein Herzensprojekt einsetzen kann. Mit einer sogenannten zweckgebundenen Zustiftung zur BBBank Stiftung ist dies jetzt ganz einfach möglich und es freut uns sehr, dass dieses Angebot gut angenommen wird,“ führt Kellermann weiter aus.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Stiftung in ihrer Arbeit bestätigt. Auch in Zukunft soll der durch das Stiftungsmotto skizzierte Weg „Von Menschen. Für Menschen“ fortgesetzt werden.

Mehr Infos unter: www.bbbank-stiftung.de

Zentrum gegen Rechtsextremismus

Berlins Innensenator Andreas Geisel hat ein „Gemeinsames Informations- und Bewertungszentrum Rechtsextremismus“ (GIBZ) ins Leben gerufen. Damit soll ein konsequentes und koordiniertes Vorgehen gegen rechtsextremistische Straftäter sichergestellt werden.

„Die Serie von Brandanschlägen in Neukölln zeigt ganz deutlich, dass unsere Polizei und unser Verfassungsschutz noch enger zusammenarbeiten müssen, als sie es bisher jetzt schon tun,“ so Geisel. ■

CESI-Tagung Gewalt am Arbeitsplatz

Die Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes hat ein höchst bedenkliches Ausmaß angenommen. Auf einer Tagung, die die europäische Gewerkschafts-Dachorganisation CESI am 29. März 2019 im dbb forum berlin durchgeführt hat, haben sich Repräsentantinnen und Repräsentanten des dbb berlin eingehend informiert, was zum Schutz der Mitglieder als Arbeitnehmer und Opfer unternommen werden muss. ■



Thomas Steinbrecher (stellv. Vorsitzender OGV), Martina Riedel (DSTG Berlin – Vorsitzende GPR Finanzen), Romain Wolff (Präsident der CESI), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Bodo Nowak (stellv. Landesvorsitzender DPoIG Berlin)(von links)

Aktuelle Urteile zum Erholungsurlaub

Befindet sich ein Arbeitnehmer im Urlaubsjahr ganz oder teilweise im unbezahlten Sonderurlaub, ist bei der Berechnung der Urlaubsdauer zu berücksichtigen, dass die Arbeitsvertragsparteien ihre Hauptleistungspflichten durch die Vereinbarung von Sonderurlaub vorübergehend ausgesetzt haben. Dies führt dazu, dass einem Arbeitnehmer für ein Kalenderjahr, in dem er sich durchgehend im unbezahlten Sonderurlaub befindet, mangels einer Arbeitspflicht kein Anspruch auf Erholungsurlaub zusteht.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. März
2019 – 9 AZR 315/17;
9 AZR 406/17*

Möchte der Arbeitgeber von seiner Befugnis Gebrauch machen, den Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel zu kürzen, muss er eine darauf gerichtete empfangsbedürftige rechtsgeschäftliche Erklärung abgeben. Dazu ist es ausreichend, dass für den Arbeitnehmer erkennbar ist, dass der Arbeitgeber von der Kürzungsmöglichkeit Gebrauch machen will. Das Kürzungsrecht des Arbeitgebers erfasst auch den vertraglichen Mehrurlaub, wenn die Arbeitsvertragsparteien für diesen keine von § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG abweichende Regelung vereinbart haben.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. März 2019
– 9 AZR 362/18 –*